

Einreichfrist: 3. April 2025



Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
Bundesamt für Energie
3003 Bern

Per E-Mail an: gesetzesrevisionen@bfe.admin.ch

Bern, 3. April 2025

Stellungnahme des Vereins energie-wende-ja zum indirekten Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»

Sehr geehrter Bundesrat Rösti
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout-Stoppen)» ablehnt.

Hingegen können wir nicht nachvollziehen, wieso der Bundesrat einen Gegenvorschlag vorlegt, der inhaltlich über das hinausgeht, was in der Initiative verlangt wird. Während die Initiative immerhin umwelt- und klimaschädliche Produktionsarten von Strom ausschliesst, würden diese mit dem Gegenvorschlag weiterhin erlaubt. Der Gegenvorschlag ist daher kein Kompromiss, vielmehr geht er weit über die Initiative hinaus.

Unzufrieden sind wir mit der Art und Weise, wie dieser Gegenvorschlag vorgelegt wurde: Würde dieser Vorschlag vom Parlament angenommen, müsste zwingend das Referendum ergriffen werden, um zu verhindern, dass der Bundesrat wenige Jahre nach dem Beschluss der Energiestrategie 2050 mit einem Neubauverbot von Atomkraftwerken den Volksbeschluss ignoriert.

Die Schweiz hat mit der Energiestrategie 2050 den Umbau hin zu einer 100% erneuerbaren Stromversorgung und zur schrittweisen Stilllegung der alten Atomkraftwerke beschlossen. Daher ist der Bundesrat unseres Erachtens aufgefordert, aufzuzeigen, wann die Atomkraftwerke Leibstadt und Gösgen stillgelegt werden, und wie der Zubau der erneuerbaren Stromversorgung und der damit zusammenhängende Ausbau der Netze und der Speichermöglichkeiten geplant und umgesetzt werden soll.

Dass der Bundesrat mit seinem Gegenvorschlag die eben erst beschlossene Energiestrategie 2050 unterlaufen will, indem er den Neubau von nuklearen und fossilen Kraftwerken zulassen will, widerspricht den Klimazielen und der Reduktion der Abhängigkeit von importierten Energieressourcen aus dem Ausland. Der Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion im

Inland entwickelt sich sehr dynamisch. Dasselbe gilt für die installierten Speicherkapazitäten und für den Umgang mit der Volatilität der zugebauten erneuerbaren Stromproduktion über die Nutzung von Flexibilitäten bei der Produktion, der Stromnachfrage und der Speichernutzung. Diverse Stromproduktions- und Verbrauchsszenarien zeigen auf, dass die Stromversorgung der Schweiz aufgrund dieser dynamisch stattfindenden Entwicklungen ohne den Bau von neuen AKW und ohne grosse fossile Spitzenkraftwerke bis 2050 klimaneutral gewährleistet werden kann, wenn die Rahmenbedingungen dazu weiterhin gesichert sind. Und das zu tieferen gesamtwirtschaftlichen Kosten. Das gilt umso mehr, als Innovationen und technologische Entwicklungen in Zukunft weitere grosse Beiträge dazu leisten werden (z.B. weitere deutliche Wirkungsgradsteigerungen bei PV, Flexibilitätsnutzung mit Smart Grid/ Smart Meter, etc.).

Wir fordern sie daher auf, die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout-Stoppen)» ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung zu bringen.

Grundsätzliche Überlegungen und Beurteilung

Ohne massive finanzielle Subventionen des Bundes und ohne 30-jährige Abnahmegarantien für den teuren Atomstrom wäre niemand in der Schweiz bereit, neue Atomkraftwerke zu bauen. Zusätzlich ist mit massivem Widerstand und langwierigen Konflikten mit der Bevölkerung zu rechnen. Zurzeit sind für den Zeitraum bis 2050 keine KKW-Technologien absehbar, welche bezüglich Kosten konkurrenzfähig und bezüglich ihrer Nebenwirkungen massiv besser sind als die zurzeit erstellten Anlagen. Sollte in Zukunft die Nukleartechnologie die erforderlichen Fortschritte erzielt haben, kann dann die KKW-Diskussion gut informiert neu aufgenommen werden. Zurzeit behindert sie aber den forcierten Ausbau erneuerbarer inländischer Stromproduktion und fungiert als «another contribution to confusion».

Initiativtext

Art. 89 Abs. 6 ist wohl überflüssig. Da wiederholt er das geltende Recht. Das Gegenargument gegen die Initiative, sie würde die Verantwortlichkeit für die Stromproduktion von Kantonsebene auf Bundesebene verlegen, hat keine Basis im Initiativtext. Die Initianten wünschen sich mit ihrer Formulierung "Der Bund legt dafür die Verantwortlichkeiten fest" wohl einzig, dass die Verantwortlichkeiten klarer geregelt werden sollen, nicht dass sie den Kantonen weggenommen, und dem Bund angetragen werden sollen.

Abs. 7 ist neu. In Anbetracht der obigen Überlegungen hätte dieser Absatz faktisch nur zur Folge, dass der Bau neuer Öl- und Gaskraftwerke in der Schweiz verboten würde.

Der 27-seitige Erläuterungsbericht des Bundesrates zum Gegenvorschlag basiert einerseits auf veralteten Daten, andererseits auf dem falschen Paradigma, dass die Stromversorgung „passiert“.

Nein, die Stromversorgung erfolgt genauso, wie sie politisch gesteuert und festgelegt wird. Die Schweiz kann ab heute nur noch Ölkraftwerke bauen, sie kann nur noch Gaskraftwerke bauen, sie kann auch den Umbau zu einer 100% erneuerbaren Stromversorgung beschleunigen, so wie es das Volk mit der Energiestrategie 2050, dem Stromversorgungsgesetz und dem Mantelerlass mehrfach beschlossen und bestätigt hatte.

Erklärtermassen will zurzeit kein Schweizer Stromversorger KKW bauen, weil sie zu teuer sind, weil ihre Erstellung sehr lange dauern würde und mit hohen Risiken verbunden ist und weil zudem mit beträchtlichem Widerstand und Konflikten mit Teilen der Bevölkerung zu rechnen wäre. Eine zügige Erstellung, damit ein Beitrag an die Versorgungssicherheit geleistet wird, könnte im Extremfall die Einschränkung bestehender Volks- und die Beschwerderechte erfordern.

Atomkraft ist keine Option

Seit dem Reaktorunfall in Fukushima im März 2011 wurden in Europa 37 Reaktoren definitiv stillgelegt, und 3 neu gebaut. Eine Renaissance des Atomzeitalters ist zurzeit nicht sichtbar.

Warum kein Schweizer Stromversorger neue Atomkraftwerke bauen will, wird klarer, wenn die aktuellen Erfahrungen mit dem Bau neuer Atomkraftwerke betrachtet wird:

- Olkiluoto 3 (Finnland): Bauzeit 18 Jahre, Kosten 11 Milliarden Euro – viermal höher als geplant.
- Flamanville (Frankreich): Bauzeit 18 Jahre, geschätzte Kosten über 23,7 Milliarden Euro.
- Hinkley Point C (England): Bauverzögerung (bis jetzt) 6 Jahre, geschätzte Kosten 50 Milliarden Euro – mehr als doppelt so hoch wie ursprünglich geplant.

Eine 100% erneuerbare Stromversorgung ist möglich, wenn wir wollen

Es gibt unzählige Studien, die den Umbau der schweizerischen Stromversorgung zu einer 100% erneuerbaren Produktion aufzeigen. Dazu gehören auch Studien von energie-wende-ja.

Die zurzeit aktuellste und umfassendste Studie hat der VSE vorgelegt, mit seinem "Update Energiezukunft 2050". Am eindrücklichsten ist der Umstand, dass der VSE-Update zeigt, dass die alten Schweizer Atomkraftwerke stillgelegt werden können und weder der Branchenverband noch ein Schweizer Stromversorger den Bau neuer Atomkraftwerke als sinnvoll erachten. Vielmehr richten sie sich auf den Umbau der Schweizer Stromversorgung hin zu einer 100% erneuerbaren Produktion aus.

Wichtiger als die Atomdiskussion ist die Frage, ob die Schweiz mit einem Stromabkommen im Rahmenvertrag mit der EU weiterhin beste Bedingungen hat, im europäischen Netz integriert zu sein und das europäische Netz mitzuregulieren.

Wichtiger ist auch die Frage, wie die Bewilligungsverfahren für erneuerbare Stromproduktionsprojekte, die in der Landschaft sichtbar sind, beschleunigt werden können, damit Projekte nicht durch juristische Blockaden jahrelang ausgehungert und verhindert werden können, sondern gebaut werden und der Stromversorgung der Schweiz zur Verfügung stehen.

Strategische Netzplanung beim bundesrätlichen Hin und Her unmöglich

Die periodische Überarbeitung der strategischen Netzplanung ist ein Gemeinschaftswerk von BFE (politische Steuerung) und Swissgrid (Fachwissen). Diese Aufgabe ist schon unter normalen Umständen anspruchsvoll. Verschärft wird diese Aufgabe durch den aktuell grössten Umbau unserer Stromversorgung seit dem Bau der Atomkraftwerke. Die Netze müssen neu den dezentral und schwankend anfallenden Strom aus erneuerbaren Stromproduktions-

formen aufnehmen können. Das BFE und die Swissgrid versuchen, dieser Aufgabe so gut wie möglich nachzukommen.

Doch wenn der Bundesrat nun wieder das Gegenteil dessen anstrebt, was das Volk mehrfach beschlossen und betätigt hat, indem er den Bau einiger zentraler Grosskraftwerke fördern will, statt den Ausbau der dezentralen Stromproduktion samt Netzausbau und Speichermöglichkeiten, dann wissen die zuständigen Personen im BFE und in der Swissgrid nicht mehr, auf welche Zukunft sie die strategische Netzplanung ausrichten sollen: Dezentrale Produktion und Speicher, oder zentrale Grosskraftwerke? Die Anforderungen widersprechen sich diametral. Es ist daher auch aus Sicht der strategischen Netzplanung ein Unding, dass der Bundesrat nun den Bau von zentralen nuklearen oder fossilen Grosskraftwerken ermöglichen will, dem Gegenteil dessen, was das Volk beschlossen und bestätigt hat.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ruedi Meier
Präsident energie-wende-ja

Peter Stutz
Vorstandsmitglied energie-wende-ja

Walter Ott
Vorstandsmitglied energie-wende-ja